



Niederschrift

24. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
13. Oktober 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

1.4 Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0439

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.4 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 28. Juli 2026 verwiesen worden.

Stadtrat Müller (CDU) führt aus, die CDU-Fraktion habe den Antrag gestellt, weil sich neue Voraussetzungen ergeben hätten. Diese begründeten sich zum einen daraus, dass mit der erweiterten Amalienstraße sowie dem erweiterten Umfeld von Marktplatz und Schlossplatz gefährliche Orte definiert worden seien, was auch mit der Einschätzung des Polizeipräsidiums Karlsruhe zusammenhänge. Daraus ergebe sich nach § 44 Absatz 3 des Polizeigesetzes die rechtliche Möglichkeit, eine intelligente Videoüberwachung nach dem Mannheimer Modell zu etablieren. Die Stadtverwaltung habe auf Anfrage des Innenministeriums grundsätzlich bejaht, dass eine solche Möglichkeit innerhalb der Stadtverwaltung Karlsruhe positiv geprüft werden solle; dies unterstütze die CDU-Fraktion ausdrücklich. Die CDU-Fraktion stehe in dieser Frage mit dem Innenministerium in engem Austausch.

Zur Ziffer 1 der Stellungnahme der Verwaltung nehme die CDU-Fraktion zur Kenntnis, dass die Verkehrsbetriebe für ihren Bereich, insbesondere für oberirdische Haltestellen, keine Veranlassung für eine Videoüberwachung zur Verhinderung von Vandalismusschäden oder Ähnlichem sähen. Hinsichtlich Punkt 3 müsse abgewartet werden, wie im Einvernehmen mit dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg die weiteren Voraussetzungen künftig geklärt werden könnten. Dabei sei auch die von der Verwaltung angesprochene Frage der Finanzierung berechtigt, der man sich offen stelle. Auslöser sei nicht nur die von ihm genannte sachliche

Ausgangslage, sondern auch eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen, in dem eine intelligente Videoüberwachung nach Vorbild des Mannheimer Modellprojekts vorgesehen sei.

Nun gelte es, zu diesem Wort zu stehen und auch in Karlsruhe ein entsprechendes Pilotprojekt zuzulassen. Es seien zwar noch einzelne Parameter zu klären, die CDU-Fraktion stehe der weiteren Entwicklung jedoch positiv gegenüber. Ebenso bewerte sie den in der Stellungnahme der Verwaltung bereits formulierten Auftrag positiv, in eine vertiefende Prüfungsphase mit dem Land Baden-Württemberg einzutreten. Vor diesem Hintergrund betrachte die CDU-Fraktion ihren Antrag vorläufig als erledigt. Man sehe jedoch den weiteren Ergebnissen, insbesondere den Detailgesprächen zwischen dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe, mit Spannung entgegen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion sehe eine allgemeine Videoüberwachung sehr kritisch und bewerte sie weiterhin als erheblichen Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Aus der Stellungnahme werde zudem deutlich, dass hierfür erhebliche finanzielle Mittel erforderlich wären, die derzeit nicht aufgebracht werden können.

Stadtrat Schnell (AfD) stellt fest, die Antwort der Stadt sei aus seiner Sicht enttäuschend. Es gebe bereits einige Kameras an Haltestellen; zugleich heiße es, es sei kein Geld vorhanden, und darüber hinaus blockiere das Innenministerium in Stuttgart. Im Ergebnis entstehe der Eindruck, dass nichts unternommen werden könne. Noch enttäuschender sei für ihn, dass die CDU nun erkläre, die Angelegenheit sei damit zunächst erledigt.

Stadträtin Berghoff (Die Linke) führt aus, Videoüberwachung löse keine Probleme. Gewalttaten entstünden im Affekt oder unter Drogeneinfluss; in solchen Situationen seien Kameras den Tätern gleichgültig. Kameras ersetzen weder Prävention noch die Hilfe, die viele Menschen im öffentlichen Raum benötigten. Eine Kamera könne weder deeskalieren noch helfen oder aktiv schützen. Videoüberwachung sei ein hilfloser und ideenloser Ersatz für Maßnahmen, die tatsächlich helfen könnten, etwa Streetwork, Suchtkrisenberatung und allgemein Menschen, die ansprechbar seien und eingreifen könnten. Zudem treffe Videoüberwachung ausnahmslos alle und berühre damit eine Grundsatzfrage. Sie erzeuge ein Gefühl der Beklemmung und des Kontrolliertwerdens sowie lediglich eine gefühlte Sicherheit, die mit einem Verlust an Freiheit bezahlt werde. Echte Sicherheit entstehe durch Prävention; hierzu gehörten unter anderem auch eine ausreichende Beleuchtung, Präsenz und Hilfe. Ihre Fraktion lehne weitere Versuche einer Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab.

Stadtrat Hofmann (CDU) stellt klar, nach der Stellungnahme von Frau Stadträtin Berghoff dränge seine Fraktion darauf, den Antrag doch in den Gemeinderat zu nehmen.

Der Vorsitzende verweist den Antrag, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, in die Gemeinderatssitzung am 20. Oktober 2026.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
19. Oktober 2026